

Anmerkungen zur
wirtschaftspolitischen
Bilanz der Regierung
Gerhard Schröder

Wem gehört der Aufschwung?

Markus Andreas Schöneberger

„Dieser Aufschwung ist bereits mein Aufschwung“, heizte vor zwei Jahren im Bundestagswahlkampf 1998 Gerhard Schröder vor dem Hintergrund des ansteigenden Konjunkturbarometers die Wechselstimmung an. Vor allem der Wirtschaft und den sozialen Aufsteigern der neuen Mitte empfahl er sich als Modernisierer gegen Reformstau und Stillstand am Standort Deutschland, während er Oskar Lafontaine die Pflege des traditionellen Bewusstseins der klassischen SPD-Klientel überließ. Die Doppelstrategie funktionierte im Sinne des Machtwechsels. Doch heute muss sich die wirtschaftspolitische Bilanz von Bundeskanzler Gerhard Schröder an dem selbst aufgebauten Erwartungshorizont messen lassen. „Deutschland erneuern“, so hat die rotgrüne Bundesregierung ihren Geschäftsbericht über die beiden vergangenen Jahre titulierte.

Schaut man von diesem sehr hohen Anspruch herab auf die Wirklichkeit, so fällt zunächst auf: Es ist eine Bilanz der inneren Widersprüche und der großen Brüche, der das klare übergreifende ordnungspolitische Leitbild fehlt, das für Glaubwürdigkeit und langfristige Berechenbarkeit steht.

Blasse Nebenrolle

Signifikant hierfür ist, dass der Wirtschaftsminister, obwohl er mit 1700 Mitarbeitern eines der kopfstärksten Ressorts anführt, nur eine ziemlich blasse Nebenrolle spielt. Seine Zuständigkeiten wurden zerfleddert: Die Grundsatzabtei-

lung, Herzstück des Hauses, sowie wichtige europapolitische Kompetenzen gingen bei der Regierungsbildung verloren; damit wanderten auch die Verantwortung für den Jahreswirtschaftsbericht, die Zuständigkeiten für den Sachverständigenrat und die Wirtschaftsforschung ab. Unter diesen Bedingungen trat des Kanzlers Geheimwaffe im Wahlkampf, Jost Stollmann, erst gar nicht an. Er blieb eine Episode. Von dem marktwirtschaftlichen „Ordnungs- und Überzeugungsministerium“ (wie es Karl Schiller einmal nannte) gehen Impulse kaum aus; sagen wir es offen: Der Wirtschaftsminister ist eine Verlegenheitslösung an der Spitze eines orientierungslosen Rumpffressorts.

Der langjährige SPD-Wirtschaftssprecher Uwe Jens sieht es kaum anders: „Heute ist das Ministerium ein Interventionsministerium, da fehlt die übergeordnete Sicht der Ordnungspolitik.“

Wo der Minister anderer Überzeugung ist, wie bei der leidigen, fast schon kabarettreife Frage der Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten, knickt er ein. Die Gespräche über den Atomausstieg führte er bis zu Ende, obwohl er sich selbst als „latenter Anhänger der Kernenergie“ bezeichnete.

Den Kurs bestimmen andere. Erst Oskar Lafontaine, dann Hans Eichel – das ergibt insgesamt eine delikate Zickzacklinie unterschiedlichster Zielvorstellungen und Interessenlagen. Statt verlässlicher Konturen ein diffuses Mosaik, übermalt durch Aktionismus, wo ein mutiges

längerfristiges Gesamtkonzept gefragt ist. Show geht vor Substanz.

Die medienwirksame Sanierungsaktion des Baukonzerns Philipp Holzmann ist hierfür ein signifikantes Beispiel. Damals, am 24. November 1999, hat der Kanzler vor tausenden besorgter Mitarbeiter rasch öffentliche Hilfe zugesagt: Kredite des Bundes und der Kreditanstalt für Wiederaufbau von insgesamt 250 Millionen D-Mark. Viele kleinere Unternehmer, die sich um ihre Existenz sorgen, rieben sich verwundert die Augen.

Doch dass selbst dieser millionenschwere ordnungspolitische Sündenfall die Sanierung eines Einzelunternehmens letztlich nicht sichern konnte, die Zukunft der Firma nach wie vor auf wackligen Grundlagen steht, wer fragt heute noch danach? Dass aber die Bauwirtschaft als ganze Branche in einer schweren Strukturkrise steckt, dort allein im Jahr 2001 70 000 Arbeitsplätze verloren gingen, wird ignoriert. Vor allem die rückläufigen Wohnungsbauinvestitionen sind eine Ursache für diese dramatische Abwärtsfahrt – und gerade hier könnte eine gestaltende Wirtschaftspolitik effektiv etliches bewirken. Stattdessen haben sich die politischen, rechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen für Immobilien-Investitionen deutlich verschlechtert, sodass sich private Investoren mehr und mehr zurückgezogen haben.

Die Folgen bekommt nicht nur die Bauwirtschaft zu spüren; in wenigen Jahren droht auch wieder eine neue Wohnungsknappheit mit der Folge spürbar anziehender Mieten.

Es lassen sich weitere Beispiele dieser auf oberflächlichen Aktionismus zielenden Schnellschuss-Politik finden: Die Idee einer Green Card für IT-Berufe etwa wurde eilends erfunden, um dem Kanzler auf der Computermesse CeBIT einen großen Auftritt zu sichern.

Die dahinter liegende Kernfrage aber nach den Diskrepanzen zwischen Be-

schäftigungs- und Bildungspolitik, die bei dieser Gelegenheit deutlich wurde, wurde verdrängt. Zwar ist längst erkannt: Zu oft läuft die Ausbildung am Bedarf vorbei. Für viele Zukunftsjobs fehlt es an klaren Berufsbildern. Professor Klaus F. Zimmermann, Leiter des Bonner Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit, brachte das Dilemma auf den knappen Nenner: „Unser Ausbildungssystem ist zu träge, erkennt den Bedarf zu spät. Es kann mit den schnellen Veränderungen von Berufen und Arbeitsformen nicht Schritt halten. Es ist bezeichnend, dass in Deutschland derzeit der tatsächliche Bedarf des Arbeitsmarktes nur schwer zu beziffern ist.“

Wer den zögernden Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt beschleunigen und dauerhaft machen will, hier findet er ein reiches Betätigungsfeld. Andere zentrale Aspekte aus der Green-Card-Debatte wie der Ruf nach einer modernen Einwanderungspolitik wurden gleich auf die nächste Legislaturperiode vertagt, stattdessen hat man erst einmal eine Expertenkommission gebildet. Frei nach dem Motto: „Und wenn ich nicht mehr weiterweiß, gründ ich einen Arbeitskreis!“

Wer fragt heute danach, dass die viel diskutierte Green Card, so wie sie bei uns organisiert wurde, für den Arbeitsmarkt bisher nur einen sehr marginalen Effekt erzielt hat? Sie ist in Wirklichkeit ein Kurieren an Symptomen.

Spätestens die große UNO-Zuwanderungsstudie vom Frühjahr letzten Jahres verlangt aber dringend nach weiterreichenden Antworten. Denn der Report kommt zu dem Ergebnis, dass Deutschland, eines der Länder mit der niedrigsten Geburtenrate, pro Jahr etwa 450 000 Einwanderer braucht, um die derzeitige Bevölkerungszahl zu halten. Sollte durch die Zuwanderung auch das Problem der Rentenkasse gelöst werden, sei sogar ein Vielfaches an Einwanderung nötig. Ohne Zuwanderung sinke die Bevölkerungs-

zahl in Deutschland dagegen bis zum Jahr 2050 drastisch – und das Renteneintrittsalter müsse auf über 75 Jahre angehoben werden.

Nach derzeitigen Prognosen des Statistischen Bundesamtes wird die Einwohnerzahl Deutschlands bis zum Jahre 2050 von heute 82 Millionen auf siebzig Millionen sinken. Gleichzeitig verschiebt sich die Alterspyramide dramatisch. Beträgt heute das Verhältnis von Rentnern zu Erwerbstätigen vierzig zu hundert, so wird sich der Anteil der Rentner in fünfzig Jahren auf ein Verhältnis von 75 zu hundert fast verdoppeln. Selbst wenn man derlei Rechenmodellen nicht in allen Punkten folgen mag, machen sie zumindest die Brisanz des Themas und den raschen Handlungsbedarf deutlich, da Korrekturen auf diesem Gebiet erst in größeren Zeitdimensionen wirksam werden können.

Heiße Eisen anfassen

Deshalb muss über dieses sensible Thema eine rationale Debatte erfolgen, die rasch zu konkreten Ergebnissen führt. Die CDU, in dieser Frage bisher ebenfalls noch vage und widersprüchlich, hat unter Federführung des saarländischen Ministerpräsidenten Peter Müller ihr Konzept bereits erarbeitet. Gelingt der Union eine klare programmatische Linie, könnte dies eines der Megathemen im Bundestagswahlkampf 2002 werden.

Und es wäre ganz falsch, stereotyp zu sagen, solche heiklen Themen müssten aus der politischen Auseinandersetzung herausgehalten werden. Im Gegenteil: Den Fragen, die die Bürger bewegen, darf man nicht ausweichen. Aber auf die richtigen und überzeugenden Antworten kommt es an. Die Regierung ist sich jedoch bishernur darin einig, dieses heiße Eisen vorerst „auszuklammern“. Das ist allerdings zu wenig, um Deutschland zu erneuern.

Fragt man etwas grundsätzlicher nach den konzeptionellen Konturen der rot-

grünen Beschäftigungspolitik, so ist sie in erster Linie geprägt von immer neuen Reglementierungen, wo Liberalisierung dringend angesagt ist. Die Folgewirkungen sind eindeutig negativ.

Bestes Beispiel: Das 630-D-Mark-Gesetz vom 1. April 1999 und die neuen Regelungen zur Scheinselbstständigkeit. Die Änderungen bei den geringfügig Beschäftigten haben bei Rentnern und Studenten zu Mehrbelastungen von rund 22 Prozent, bei geringfügig Beschäftigten von mehr als vierzig Prozent geführt.

Für den Arbeitsmarkt ist die Bilanz noch ungünstiger. Die Reform hat zu einem Beschäftigungsverlust von mindestens 700 000 Stellen geführt. Sozialpolitisch besonders kontraproduktiv ist die Tatsache, dass sich vor allem in den unteren Einkommensgruppen die geringfügig Nebentätigen vom Arbeitsmarkt zurückgezogen haben.

Schließlich beklagen drei Viertel der Firmen die bürokratischen Mehrbelastungen durch diese Reform. Notwendig wären für eine aktive Beschäftigungspolitik eine grundsätzliche Neuordnung des Niedriglohnssektors, eine stärkere Differenzierung der Löhne nach Sektoren, Regionen und Qualifikationen. Alles Aufgaben, die im „Bündnis für Arbeit“ vorgebracht werden müssten. Doch diese Runde ist bisher ein Konsens-Ritual ohne überzeugende Ergebnisse. Auch hier gilt: Show geht vor Substanz.

Betrachtet man die einzelnen gesetzgeberischen Initiativen im Bereich der Beschäftigungspolitik, darf es niemanden wundern, dass trotz günstiger gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen die Entspannung auf dem Arbeitsmarkt leider nur sehr langsam vorankommt.

In fast allen Staaten der Euro-Zone ist die Arbeitslosenrate seit 1995 deutlich gefallen. Allein in Deutschland lag die Arbeitslosenrate im ersten Halbjahr 2000 noch höher als im Jahresdurchschnitt 1995. Entlastungen beruhen fast aus-

schließlich auf demographischen Faktoren, denn zurzeit scheiden deutlich mehr Menschen aus dem Erwerbsleben aus als jüngere ins Berufsleben eintreten.

Strukturell hat sich jedoch kaum etwas Entscheidendes in den letzten beiden Jahren bewegt. So ist der Zuwachs an neuen Beschäftigungsverhältnissen, und dies ist die letztlich entscheidende Kennziffer für arbeitsmarktpolitische Effektivität, eher bescheiden. Diese Zahl ist bis zur Mitte 2000 im Jahresvergleich nur um magere 150 000, also um 0,4 Prozent gestiegen – und dies ausschließlich im Westen. Im neuesten internationalen Beschäftigungs-Ranking der 21 wichtigsten Industrienationen, das die Bertelsmann-Stiftung alle zwei Jahre veröffentlicht, fiel Deutschland sogar in den letzten 24 Monaten auf Platz fünfzehn zurück: Der mittelfristige Beschäftigungszuwachs ist danach der schwächste unter allen Ländern. Bei wichtigen Determinanten wie den Bruttoanlageinvestitionen, der Staatsausgabenquote, dem Aktivitätsgrad der Arbeitsmarktpolitik und der Langzeitarbeitslosigkeit haben sich dem Report zufolge Verschlechterungen ergeben.

Schlussfolgerung des Berichts: „Aus internationaler Perspektive sind die Erfolge der Bundesrepublik Deutschland, die Erwerbslosigkeit nachhaltig zu reduzieren, als unterdurchschnittlich zu bezeichnen.“ Und weiter heißt es: „Von allen Industrienationen weist die Bundesrepublik Deutschland die mit Abstand längste Reformagenda auf, und die hiesige Wirtschaftspolitik muss sich die Kritik gefallen lassen, gerade bei der Implementierung von Arbeitsmarktreformen internationales Schlusslicht zu sein.“

Diese magere Bilanz hat Gründe, und die Experten sprechen sie auch offen an: Organisationen wie die OECD und der Internationale Währungsfonds (IWF) schätzen, dass achtzig bis neunzig Prozent der deutschen Arbeitslosigkeit

strukturell bedingt sind: Noch immer ist die Grenzkostenbelastung des Faktors Arbeit im internationalen Vergleich viel zu hoch. Die Bundesbank hat eine Grenzabgabenbelastung von fast fünfzig Prozent errechnet. Das Ifo-Institut kommt nach einer anderen Berechnung sogar zu einer noch höheren Quote.

Die Rekordzahl von zwei Milliarden Überstunden in diesem Jahr ist ein Signal: Die Wirtschaft wächst, aber die Zahl der Arbeitsplätze leider kaum.

Eine der wichtigsten Ursachen hierfür: Deutschland rangiert im europäischen Vergleich auf Rang drei der Länder mit den höchsten Steuer- und Sozialabgaben, bei den Arbeitskosten in der Industrie rangierte Deutschland 1999 sogar weltweit auf Platz eins.

Die Bundesregierung, und dies ist die Kernkritik zur Halbzeit der Legislaturperiode, hat nichts Entscheidendes getan, um diese ungünstigen Wettbewerbsbedingungen grundlegend zu ändern. Sie hat sich zwar offiziell zum Ziel gesetzt, die Lohnnebenkosten und Sozialabgaben bis zum Jahre 2002 auf unter vierzig Prozent zu drücken. Derzeit liegt die Abgabenbelastung bei über 41 Prozent des Bruttolohns. Noch am 31. Juli 2000 hat die Bundesregierung selbst erklärt: „Niedrigere Lohnnebenkosten bedeuten eine bessere Wettbewerbsfähigkeit, wovon wiederum die Millionen von Arbeitslosen, aber auch die Arbeitnehmer einen Vorteil haben.“ Längst sind sich alle in dieser wirtschaftspolitischen Binsenweisheit einig. Jetzt müsste nur noch dementsprechend gehandelt werden.

Doch stattdessen wird wieder einmal ausgeklammert und vertagt. Wirtschaftsminister Werner Müller hat dieses Ziel als „wenig wahrscheinlich“ faktisch aufgegeben.

Das richtige Signal aber wäre die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um wenigstens 0,5 Prozent in diesem Jahr. Die konjunkturellen Verbes-

serungen ermöglichen einen solchen Schritt. Er ist jetzt fällig. Von einem grundlegenden Fehler sprechen auch die Gewerkschaften. So erklärte Hubertus Schmoldt, Vorsitzender der Gewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie: „Eine Senkung dieser Beiträge würde unmittelbar und gleichermaßen zur Entlastung der Arbeitnehmer wie der Unternehmen führen.“ Das belebe die Binnenkonjunktur, stärke den Standort und trage so zur Sicherung bestehender und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze bei.

Die Entwicklung verläuft jedoch eher in die falsche Richtung. Denn in der Krankenversicherung wie bei der Pflegeversicherung muss mit einem Ansteigen der Beiträge gerechnet werden.

Die Gesundheitsreform, die nicht zuletzt die Finanzierbarkeit des sozialen Sicherungssystems zum Ziel haben muss, ist bisher schlicht ausgefallen; stattdessen wird an unterschiedlichsten Einzelaspekten herumgedoktert, ohne die Struktur als Ganzes unter dem Primat der Kostendämpfung zu verbessern. Und die Widersprüchlichkeiten sind evident: Die Wiedereinführung der unbeschränkten gesetzlichen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall etwa ist ein Schritt in die exakt falsche Richtung.

Rentenreform voller Fragezeichen

Ob eine langfristig berechenbare Reform des Alterssicherungssystems gelingt, die bis 2030 Stabilität an der Rentenfront garantiert, wie die Regierung dies verspricht, ist ebenfalls ziemlich fraglich. Die Rentenreform ist noch voller Fragezeichen. Die Schröder-Regierung brauchte sechs verschiedene Konzeptabläufe voller Irrungen, Veränderungen, Nachbesserungen, bis sie allmählich in der neuen sozialen Wirklichkeit angekommen ist. Und diese heißt unmissverständlich: Die Verantwortung für die Alterssicherung muss mehr und mehr in die Hände des Einzelnen gelegt werden. Der

Anlauf hierzu ist immerhin endlich unternommen.

Jedoch sind die vorgelegten Pläne viel zu eng und zu bürokratisch: Allein fünf eng beschriebene Seiten umfassen die Bestimmungen für die nicht weniger als elf Kriterien der Zusatzvorsorge, die auch Fachleute kaum verstehen. Allein hierfür, so die Steuergewerkschaft, brauchen die Finanzämter 3500 zusätzliche Mitarbeiter und ein neues „Zertifizierungsamt“. Ein Musterbeispiel für immer mehr Bürokratie. Und der Generationenvertrag, seit 1957 tragende Säule des staatlichen Rentensystems, wird zunehmend brüchig: Die Frauen und die junge Generation sind die Verlierer des Riester-Planes. Daran ändern auch immer neue Reparaturen nichts, die nur das Vertrauen in die Tragfähigkeit der Reform erschüttern.

Andere Fragen wie die Rentenbesteuerung bleiben in dem Gesetzeswerk völlig ausgeklammert, sodass die nächste Reform schon vorprogrammiert ist. Und die ökonomisch widersinnige Finanzierung der Rentenkasse durch die Ökosteuer ist selbst innerhalb der rotgrünen Koalition zunehmend umstritten. Dass die Ökosteuer mit eingebauter sechsstufiger Anhebung ein reines Abkassieren darstellt und die Begründung, so wolle man die Beiträge in die Rentenkasse stabil halten, reichlich konstruiert ist, ergibt sich aus einer sehr einfachen Rechnung: Im Jahre 2003 wird mit Mehreinnahmen aus dieser Steuer in einem Volumen von 34 Milliarden D-Mark kalkuliert; aber nur 18,5 Milliarden D-Mark werden für den vorgeblichen Rentenzweck verwandt. Die Argumentation trägt nicht, dies erkennt auch die Regierungskoalition allmählich.

Die unverändert hohe Abgabenlast, die Verunsicherungen in der Sozialversicherungsgesetzgebung wie bei den 630-D-Mark-Jobs fördern im Übrigen auch den Einstieg in die Schwarzarbeit, den am stärksten wachsenden Wirtschaftszweig in Deutschland, durch den dem Fiskus al-

lein in diesem Jahr 640 Milliarden D-Mark entgehen dürften.

Die entscheidende Reformbaustelle, an der sich nichts nach vorne bewegt, sind Initiativen zur größeren Flexibilisierung auf dem Arbeitsmarkt. Die rotgrüne Regierung ignoriert beharrlich die Tatsache, dass nicht nur die hohen Lohnnebenkosten, sondern auch negative arbeitsrechtliche Rahmenbedingungen wesentliche Investitions- und Beschäftigungsblockaden bilden.

Die Unübersichtlichkeit des Arbeitsrechts beginnt damit, dass es das seit langem angekündigte Arbeitsvertragsgesetzbuch immer noch nicht gibt und die Praktiker sich mit einer Fülle von Einzelvorschriften herumschlagen müssen.

Doch statt der dringend überfälligen Deregulierung kommen immer neue Vorschriften hinzu. Ein Musterbeispiel hierfür ist das am 1. Januar 2001 in Kraft getretene Gesetz über Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge.

Die Regelung, Arbeitnehmern nach sechs Monaten einen Rechtsanspruch auf Verringerung der vertraglich vereinbarten Wochenarbeitszeit einzuräumen, stellt vor allem kleinere und mittlere Betriebe vor kaum lösbare Probleme. So werden neue Arbeitsplätze eher verhindert als geschaffen. Denn Betriebe werden sich Neueinstellungen künftig noch genauer überlegen, wenn ihnen ein Teilzeitzwang droht.

Gleichzeitig soll das Beschäftigungsförderungsgesetz eingeschränkt werden, obwohl die Befristung von Arbeitsverhältnissen nach diesem Gesetz zu den erfolgreichsten Instrumenten der letzten zwei Jahrzehnte gehört: Über die Hälfte der 1999 geschaffenen zusätzlichen Arbeitsplätze entfällt laut „Microzensus“ auf befristete Beschäftigungsverhältnisse; viele von ihnen münden oftmals in unbefristete. Vor allem gegen die Jugendarbeitslosigkeit konnten die Bestimmungen außersternerfolgreich eingesetzt werden.

Der Präsident des Deutschen Einzelhandels, Hermann Franzen, hat die praktischen Konsequenzen der geplanten Einschränkungen sehr anschaulich dargestellt: „Viele Betriebe greifen in Spitzenzeiten wie Weihnachten oder Schlussverkauf auf stets die gleichen Aushilfen zurück. Das soll künftig nicht mehr möglich sein. Damit trifft die Bundesregierung genau diejenigen, die sie zu schützen vorgibt: die Frauen. Denn viele von ihnen verbinden mit einer regelmäßig wiederkehrenden Aushilfstätigkeit Familie und Beruf. Sie werden aus dem Arbeitsleben gedrängt und haben künftig kaum noch eine Möglichkeit, etwas hinzuverdienen.“

Neue Hemmnisse

Neue Hemmnisse drohen auch durch eine Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes aus dem Jahre 1972: Der Ausbau der Mitbestimmungsrechte für den Betriebsrat, die Ausdehnung der Mitbestimmung auf weitere Unternehmensentscheidungen schwächen den Standort Deutschland, weil kaum ein anderes europäisches Land solche Regelungen kennt. Das „Mitbestimmungsgefälle“ wird in Zukunft dazu beitragen, dass Produktionen ins günstigere Ausland verlagert werden, befürchten Experten.

Überregulierung hier, mangelnder Wille zur Liberalisierung da, so haben sich wohl die wenigsten die Erneuerung Deutschlands vorgestellt.

Ein weiteres Paradebeispiel für mangelnden Liberalisierungswillen ist das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz. Die schnelle Verfügbarkeit von Arbeitskräften, kurzfristige Reaktionen auf Auftragspitzen oder Engpässe bestimmen mehr und mehr die Personalpolitik in den Firmen. Daher boomt die Zeitarbeit. Bereits 700 000 Menschen wählen in diesem Jahr diese Alternative. Fast zwei Drittel von ihnen benutzen diesen Weg als Ausstieg aus der Arbeitslosigkeit. Im letzten Jahr

fanden so 200 000 eine feste Stelle auf Dauer.

Die CDU/CSU hat daher im Deutschen Bundestag Vorschläge eingebracht, dieses Instrument durch eine Novellierung der gesetzlichen Bestimmungen noch effektiver zu gestalten. Doch die rotgrüne Mehrheit blockt ab.

Es ist zu wenig, allein durch eine Steuerreform das Wachstum anregen zu wollen. Solange Arbeit in Deutschland zu teuer und zu unflexibel bleibt, kann der Durchbruch zu Vollbeschäftigung nicht gelingen. Dies ist das Kerndilemma der Berliner Wirtschaftspolitik. Wie die Beispiele zeigen, sind die bisher durchgeführten Reformen vielfach kontraproduktiv, andere handwerklich schlecht und unter dem unsicheren Vorbehalt ständiger Nachbesserungen; viele wichtige Maßnahmen entfallen gleich ganz, weil sich die Regierung nicht zu einem konsequenten Modernisierungskurs durchringen kann.

Ungünstige Ambivalenz

Dabei fällt übrigens immer häufiger auf, dass die Grünen auf vielen Feldern der Deregulierung eher zu den Antriebern gehören, aber das heterogene sozialdemokratische Lager, befangen im traditionellen Denken, eher die Blockierer stellt. Nur: Ein günstiges Aufschwungklima fördert diese Ambivalenz nicht.

Vor diesem Hintergrund darf es auch nicht wundern, dass es mit den Existenzgründungen in Deutschland durchaus hapert: Nach jüngsten Studien sehen nur vierzehn Prozent der Befragten hier zu Lande gute Chancen für Neustarter.

Deutschland landet in einem Vergleich der wichtigsten Industrieländer mit der Zahl seiner Unternehmensneugründungen weit hinter Spitzenreitern wie USA, Kanada, Israel. Hier zu Lande sind nur neun von hundert Erwerbstätigen selbstständig, in den USA dagegen zwölf. Weniger als 70 000 Männer und Frauen wag-

ten 1999 in Deutschland den Sprung in die eigene berufliche Existenz.

Der Mittelstand gehört zu den eindeutigen Verlierern der bisherigen rotgrünen Wirtschaftspolitik. Er stellt siebzig Prozent der Arbeitsplätze und achtzig Prozent der Ausbildungsplätze bei uns. Er trägt zwei Drittel zum Bruttosozialprodukt bei. Aber im Bundeshaushalt wurde die Mittelstandsförderung wesentlich gekürzt. Bei der Steuerreform wurden die großen Kapitalgesellschaften gegenüber den mittelständischen Unternehmen als Personengesellschaften trotz aller hektischen Nachbesserungsbemühungen noch in den Stunden vor der Bundesratsabstimmung klar bevorteilt. Von einer gleichmäßigen Entlastung der Unternehmen kann leider nicht die Rede sein. Es bleibt ein Grundfehler der jüngsten Steuerreform, Unternehmer und Unternehmen steuerlich zu trennen und zwischen guten und schlechten Gewinnen zu unterscheiden.

Die Benachteiligung des Mittelstandes besteht insbesondere beim Steuersatz und bei der Versteuerung der Anteilsveräußerungsgewinne. Während die Kapitalgesellschaften den gesunkenen Körperschaftsteuersatz schon im Jahre 2001 geltend machen dürfen, müssen die Personengesellschaften und Einzelunternehmen bis zum Jahre 2005 warten, um in der Spitze wenigstens mit 42 Prozent beziehungsweise 43 Prozent besteuert zu werden. Die Tarifspreizung im Vergleich bei der ertragsteuerlichen Grenzbelastung des einbehaltenen Gewinns von Kapitalgesellschaften zu Personengesellschaften bleibt im Jahr 2001 bei 12,75 Prozent, bei 11,49 Prozent 2003 und immer noch beachtlichen 7,03 Prozent im Jahr 2005.

Aufgrund dieser Ungleichbehandlung der Kapitalgesellschaften und der Personengesellschaften/Einzelunternehmen ist es unverändert fraglich, ob der Gleichheitsgrundsatz nicht erheblich verletzt wurde.

So steht dieser Reformteil unter dem Vorbehalt einer möglichen verfassungsrechtlichen Überprüfung.

Man mag den Grundsatz teilen: Eine mit Mängel behaftete Steuerreform ist besser als gar keine. Dennoch bleibt es eine Tatsache, dass dieses Gesetz zu vielfältigen Wettbewerbsverzerrungen führt und dass der versprochene große Wurf zu kurz geraten ist. Abgesehen davon, dass aus der versprochenen Vereinfachung des Steuerrechts eher das Gegenteil geworden ist.

So hat auch die zunächst viel gelobte steuerliche Entlastung der einzelnen Bürger erstaunlich schnell viel von ihrem Charme verloren. Vor allem wächst die bange Frage: Wie viel wird von der versprochenen Entlastung in Höhe von 45 Milliarden D-Mark, die ab kommendem Jahr eigentlich nachhaltig die Binnennachfrage ankurbeln soll, übrig bleiben, wenn zum einen mindestens 25 Milliarden D-Mark schon vorab durch den Kaufkraftausfall infolge der Explosion bei den Energiekosten aufgezehrt werden und andererseits die Aufwendungen für die geplante private Altersvorsorge zunächst mindestens zehn, in der Endstufe 2008 sogar mehr als sieben Milliarden D-Mark aus der privaten Tasche erfordern?

Bisher kommen die Hauptimpulse für den wirtschaftlichen Aufschwung, wie die Bundesregierung im September 2000 selbst mitteilte, vor allem von der sehr lebhaften Weltkonjunktur, wodurch die deutschen Exporte nachhaltig beflügelt wurden. Was aber, wenn dieser Boom, wie einige Prognosen erwarten lassen, abflaut? Dann kommt es in der Tat darauf an, dass endlich auch die Binnennachfrage über den privaten Konsum überzeugend anspringt. Nur so entsteht ein Aufschwung auf Dauer, wie das Beispiel USA in den letzten Jahren zeigte.

Schon von daher bekommen jene zunehmend Recht, die für ein mutigeres Steuerentlastungskonzept votiert hatten.

Der Ruf nach weiteren Maßnahmen wird trotz des hinhaltenden Widerstands des Finanzministers so lange nicht verstummen, bis aus dem Hochsteuerland Deutschland endgültig ein Niedrigsteuerland geworden ist. Das Thema bleibt auf Wiedervorlage.

Denn selbst mit dieser „größten Steuerreform aller Zeiten“ werden bis 2005 nur etwa vierzig Prozent der bis dahin erwarteten Steuer Mehreinnahmen an Bürger und Unternehmen zurückgegeben.

Besonders hart, weil völlig unvorbereitet, hat es die Bundesregierung zur Halbzeit in Berlin ausgerechnet auf dem Gebiet der rotgrünen Energiepolitik erwischt. Die aufgewühlten Debatten über die Ökosteuern haben etwas offenbart, was gerade für viele Anhänger dieser Bundesregierung bitter klingt: Sie steht in der Energiepolitik ohne überzeugendes Zukunftskonzept da.

Die Autofahrer protestieren gegen den „Auto-Kanzler“ – wobei offen bleibt, durch welche spezifischen Leistungen der letzten Jahre sich Gerhard Schröder diesen Titel eigentlich erarbeitet hat. Für die Automobil-Branche, die ein Fünftel des Bruttosozialproduktes erwirtschaftet und die jeden siebten Arbeitnehmer beschäftigt, könnte die Politik der permanenten Verteuerung des Autofahrens noch fatal werden; der starke Rückgang der Kfz-Neuzulassungen ist ein ernstes Signal.

Die Erkenntnis ist längst da: Wir brauchen für die Zukunft saubere, sparsame Energie zu bezahlbaren Preisen – und damit auch eine größere Unabhängigkeit vom Öl. Mit ihrem Ausstieg aus der Kernenergie hat die Regierung sich aber selbst eine der wenigen effektiven Alternativen aus der Hand geschlagen. Stattdessen wurde für die Verteuerung der Energiepreise, bei denen der Staat mit der Ökosteuern einer der Hauptpreistreiber ist, wiederum aktionistisch nach Ausgleichsmaßnahmen gesucht – vom Thema Kli-

maschutz einmal ganz abgesehen. Wiederum fehlt der Blick auf die grundlegenden Zusammenhänge.

Die Halbzeit in Berlin fällt mit der Zwischenbilanz „zehn Jahre deutsche Einheit“ zusammen. Wo steht der Aufschwung Ost? Auch eine medienwirksame Promotiontour durch die neuen Bundesländer kann ein Konzept nicht ersetzen. Substanz geht vor Show.

Schon gar nicht kann diese Good-will-Aktion verdrängen, dass Gerhard Schröder gemeinsam mit Oskar Lafontaine 1990 den Staatsvertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion im Bundesrat abgelehnt hat. Und unvergessen ist Schröders damaliger Satz, für den Aufbau Ost müssten sich „zuerst die Menschen in der DDR krumm legen“. Solidarität sieht anders aus! Gerhard Schröder hat den Aufbau Ost zur Chefsache erklärt. Aber aus dem Kanzleramt fehlen die Impulse. Der Konvergenzprozess hat sich eher verlangsamt. Das Pro-Kopf-Einkommen stagniert bei 61 Prozent des Westens, die Produktivität bei rund 67 Prozent, auf dem Arbeitsmarkt herrscht Stillstand. Der zur Entscheidung anstehende Solidarpakt 2 für die Zeit nach 2002 wird für die Bundesregierung zum Test ihrer Glaubwürdigkeit.

An der Jahrtausendwende ist die künftige Rolle Deutschlands im globalen Wettbewerb im Zeichen der *new economy* die zentrale Herausforderung. Sie geht einher mit der Vollendung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, einem historischen Prozess, dessen Einmaligkeit nicht durch aktuelle Probleme und Sorgen kleingeredet werden sollte. Gerhard Schröders unbedachter Satz, ein schwacher Euro biete mehr Anlass zur Freude als zur Sorge, war für diese Zukunftspositionierung kein guter Beitrag. Denn dies muss den Eindruck erwecken, der Kanzler wolle eine Politik des billigen Euros.

„Innovation und soziale Gerechtigkeit! Deutschland erneuern! Gegen Re-

formstau und Stillstand!“ Dies waren die plakativen Wahlversprechen von Gerhard Schröder im Herbst 1998, die große Hoffnungen geweckt haben.

Wer Fakten zur Grundlage seines Urteils macht, muss zur Halbzeit in Berlin Vorbehalte anmelden. Es fehlt an der professionellen Solidarität. Es fehlt an der Kontinuität und Klarheit des Kurses. Aktionismus ersetzt die Orientierung an einem ordnungspolitischen Profil.

So klaffen Vision und Wirklichkeit deutlich auseinander.

Und aus dem selbst ernannten „Modernisierungs-Kanzler“ droht immer mehr ein „Stillstand-Kanzler“ zu werden.

Die jüngsten Signale deuten jedenfalls in die falsche Richtung: Das verstärkte Schielen auf die sozialdemokratischen Stammwähler mag wahltaktisch nachvollziehbar sein. Wirtschaftspolitisch wäre es jedoch schlicht verfehlt, wenn für den Rest der Legislaturperiode der Traditionsflügel des Status quo den Kurs dominieren würde.

Nicht die Frage, wem der Aufschwung gehört, ist entscheidend, sondern dass er dauerhaft und schließlich so tragend wird, dass er auch den Arbeitsmarkt vorantreibt. Deutlich weniger als drei Millionen Arbeitslose – das muss die Messlatte für die zweite Halbzeit in Berlin sein. Doch hier hat Rot-Grün die Bewährungsprobe erst noch vor sich!

Deutschlands Weg in die Globalisierung begleiten große Erwartungen einerseits, erhebliche Ängste und Vorbehalte andererseits. Beidem kann nur eine Wirtschaftspolitik der Berechenbarkeit und der Nachhaltigkeit Rechnung tragen. Nur so entsteht die erforderliche Aufbruchstimmung, die der ehemalige Bundespräsident Professor Roman Herzog als den notwendigen „großen gesellschaftlichen Ruck“ bezeichnet hat. Die Zeit hierfür wird knapp. Denn die Zukunft beginnt jetzt!